

Köln

Nord-Süd-Bahn

FDP wirft der Stadt Schlamperei vor

Von Matthias Pesch, 15.03.12, 11:19h, aktualisiert 15.03.12, 11:33h

Verzögerungstaktik und Schlamperei - die Vorwürfe, die die FDP im Zusammenhang mit der Nord-Süd-Bahn gegen die Stadtverwaltung erhebt, wiegen schwer. Die vorzeitige Inbetriebnahme des südlichen Streckenabschnitts sei dadurch in Gefahr.



Zwei Gleistunnel werden zusammengeführt. (Bild: Worring)

Köln - Im Streit um eine vorzeitige Inbetriebnahme des südlichen Teils der Nord-Süd-Stadtbahn verschärft die FDP den Ton. "Es ist ein Skandal, wie selbst zeitkritische Themen bei der Verwaltung ausgesessen und verschlampt werden", kritisiert Fraktionschef Ralph Sterck. Bereits seit September, so Sterck, existiere ein Verwaltungspapier, in dem genau diese vorzeitige Inbetriebnahme der Strecke zwischen Rodenkirchen und Severinstraße für den Beginn des Jahres 2015 vorgeschlagen wird – den Poli-

tikern wurde das Papier bislang aber noch nicht zur Entscheidung vorgelegt.

"Mit jedem Monat Verzögerung rentieren sich die zusätzlich notwendigen Investitionen weniger", sagt Sterck. Aus Verärgerung und um das Projekt voran zu treiben, haben die Liberalen das interne Verwaltungspapier jetzt veröffentlicht und wollen daraus einen Ratsantrag machen.

"Nicht mehr als eine Projektskizze"

Stadt-Sprecherin Inge Schürmann weist den Vorwurf der Schlamperei zurück. Angesichts der städtischen Finanzkrise müsse eine zusätzliche Ausgabe von knapp neun Millionen Euro „eine gute Begründung und Notwendigkeit haben, und die ist momentan noch nicht nachgewiesen“. Derzeit laufe eine Kosten-Nutzen-Analyse, und auch der verkehrliche Wert des Projektes werde noch untersucht. Das interne Verwaltungspapier habe lediglich den Stellenwert einer "Projektskizze" eines einzelnen Amtes. Das Vorgehen der FDP, dieses Papier als Ratsantrag zu verwenden und damit öffentlich zu machen, lehne Oberbürgermeister Jürgen Roters kategorisch ab.

Da die gesamte Nord-Süd-Stadtbahn nach derzeitigem Stand voraussichtlich erst 2019 fertig wird, hat der Rat bereits die vorgezogene Nutzung der Trasse zwischen Dom/Hauptbahnhof und Heumarkt beschlossen. Um auch die Strecke südlich der Archiv-Einsturzstelle früher in Betrieb zu nehmen, sind laut des internen Verwaltungspapiers Investitionen von 8,7 Millionen Euro nötig; hinzu kämen 2,5 Millionen Euro für den Bau einer Wendeanlage in Rodenkirchen, die aber auch nach der Inbetriebnahme der kompletten Strecke noch genutzt werden könnte. Der zusätzliche jährliche Betriebsaufwand wird mit knapp 7,5 Millionen Euro beziffert.

Dagegen stehen geschätzte Einnahmen-Erlöse von jährlich rund 400 000 Euro. Die Verwaltung weist zudem darauf hin, dass auch ohne Fahrbetrieb die Instandhaltung der Anlagen pro Jahr rund 1,7 Millionen Euro kosten würde.

Um die geplante Inbetriebnahme zum Jahresbeginn 2015 möglich zu machen, müsse noch vor Ostern eine Entscheidung fallen, so Sterck. Darauf will die FDP in der nächsten Ratssitzung drängen. Und auch die CDU wird nach den Worten ihres verkehrspolitischen Sprechers Karsten Möring beantragen, dass die Verwaltung eine Entscheidungsgrundlage "mit belastbaren Zahlen" präsentiert.